
Wolfgang Lecher

Zukunftschancen einer international koordinierten Tarifpolitik

Ein Diskussionsbeitrag

Wolfgang Lecher, geboren 1945, Studium der Soziologie in Tübingen und Frankfurt, 1973-1976 Sekretär der Gewerkschaftsgruppe in der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, seitdem im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB für europäische Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik zuständig.

Gewerkschaftspolitik im Europa der Krise

Im folgenden wird davon ausgegangen, daß unter Krisenbedingungen einerseits der Ausbau tarifpolitischer Handlungsansätze und Instrumente für die Gewerkschaften heute und in Zukunft von erhöhter Bedeutung sein wird, andererseits aber zunehmend die europäische, übernationale Perspektive für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele an Attraktivität verliert und die Entwicklung eher in Richtung dezentraler, internationaler Beziehungen und Gewerkschaftssolidarität geht. In diesem Zusammenhang kommt der Einschätzung der Zukunftschancen einer international koordinierten Tarifpolitik zentrale Bedeutung zu. In dem Gedanken einer solchen Gewerkschaftspolitik verbinden sich Vorstellungen internationaler Solidarität mit der Angleichung des qualitativen und quantitativen Lebensstandards, der Arbeitsbedingungen, gewerkschaftsorganisatorischer Anpassungen, Angleichung des Koalitionsrechts und der Art der Kollektivverhandlungen und letztlich einer der ökonomischen Integration der EG analogen Entwicklung der Gesellschaftspolitik im Arbeitnehmerinteresse.

Wechselvolle Geschichte europäischer Tarifpolitik

Nach Gründung der EWG wurden bis Ende der sechziger Jahre von den Gewerkschaften noch große Hoffnungen auf die Realisierung einer internationalen Gewerkschaftspolitik mit dem Schwerpunkt bei der Koordinierung der Tarifpolitik gesetzt¹, die aber im Laufe der letzten Jahre an der realen Entwicklung scheiterten². Die zunehmende Skepsis äußerte sich empirisch als stufenweise Relativierung des Horizonts gewerkschaftlicher Integrationsfähigkeit. Zunächst wurde mit dem Anwachsen der Brüsseler Bürokratie die Vorstellung einer zentralisierten europäischen Lohnpolitik durch das Prinzip einer Lohnpolitik ersetzt, „bei der die zuständigen Organe auf die europäischen Interessen Rücksicht nehmen“³. Diese Konzeption war durch die Kriterien wirtschaftliches Wachstum, Einkommensumverteilung und Solidarität sowie die Ausblendung qualitativer Problembereiche gekennzeichnet. Mit Krisenbeginn erfuhr allerdings dieser Vorschlag, der nie praxisrelevant geworden war und nur als Absichtsvorstellung europäischer Integrationstheoretiker existierte, einen vorläufig letzten Wandel. Die objektiven Voraussetzungen änderten sich, wirtschaftliches Wachstum stagnierte, wurde rückläufig und lag noch unter den gleichfalls sinkenden gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerungen mit dem Effekt der Massenarbeitslosigkeit. Die abstrakt geforderte Solidarität in der nationalen und internationalen Einkommensumverteilung wurde schon auf nationaler Ebene durch die staatlich induzierte Bevorzugung der Unternehmensgewinne gegenüber den Lohn- und Gehaltsanteilen und auf internationaler Ebene durch die sinkende, aber zugleich auseinanderdriftende Produktivitätsentwicklung in den Nationalstaaten zur Fiktion⁴. Schließlich stellten sich mit dem schnellen Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit⁵, ihrer Gründe und Konsequenzen auch neue Denkbah-

1 Symptomatisch für diese Perspektive ist die Einschätzung von Köpke, G. - damals Sekretär des Europäischen Metallarbeiterbundes EMB und heute Direktor des dem EGB angegliederten Europäischen Gewerkschaftsinstituts EGI: „In den nächsten Jahren werden wir mit multinationalen Unternehmen Tarifverträge auf europäischer Ebene abschließen . . .“ Zitat aus: „Frankfurter Rundschau“ vom 15. 7. 1972.

2 Kritische Analysen dazu legten vor allem die Mitarbeiter der katholischen Universität in Nijmegen/Niederlande vor. Vgl. Sucha, M., Die Schranken einer Koordinierung von Tarifpolitik und Streiks in der EWG/EG, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band VI, Waldkirch 1977, S. 133 ff. Zu diesbezüglichen Erfahrungen mit den Weltautomobilausschüssen vgl. Pitz, K. H., Internationale Tarifverhandlungen: der falsche Weg, in: WSI-Mitteilungen 4/1975, S. 203 ff.

3 Pen, J., Europäische Lohnpolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1963, S. 581. Skepsis gegenüber der demokratischen Kontrollierbarkeit der für eine international zentralisierte Lohnpolitik vorgesehenen Gremien meldet auch an Apel, H., Möglichkeiten und Grenzen einer koordinierten Lohnpolitik der Gewerkschaften in der EWG, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1964, S. 592 ff.

4 Die national unterschiedlichen Produktivitätsfortschritte tragen wesentlich zur Verstärkung der zwischennationalen Konkurrenz und entsprechenden Protektionismustendenzen bei. Ein Langzeitvergleich der Produktivitätsentwicklung seit Beginn der sechziger Jahre zeigt deren fallende Tendenz, die die Verteilungsspielräume einschränkt, zu wachsenden Spannungen zwischen Kapital und Arbeit auf nationaler Ebene führt und letztlich die internationale Konkurrenzsituation des Kapitals weiter verschärft. Dabei gilt, daß vor allem in Japan und der Bundesrepublik die Produktivitätssteigerungen auch unter Krisenbedingungen im Durchschnitt noch über den Wachstumsraten der Wirtschaft lagen und daher die Arbeitslosigkeitsraten weiter erhöhten. Vgl. „Handelsblatt“ vom 28. 2. 1980.

5 Einen vergleichenden Überblick über Stand, Struktur und Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sowohl im Länder- wie im Zeitvergleich gibt Freedman, D.H., Employment Perspectives in Industrialised Market Economy Countries, in: International Labour Review, Vol. 117,1/1978, S. 1 ff. Eine Diskussion der Maßnahmen leistet auch Rothschild, K. W., Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit, in: Wirtschaft und Gesellschaft 3/1978, S. 237 ff.

nen des Verhältnisses quantitativer zu qualitativen Komponenten gewerkschaftlicher Tarifpolitik ein.

Im Gegensatz zur Situation der fünfziger und sechziger Jahre erhielten nun Probleme der Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung der Arbeitsbedingungen, Sicherung des Arbeitsplatzes und der dafür erworbenen Qualifikationen (Recht auf Arbeit) sowie alle Fragen der gelenkten Strukturpolitik und der Investitionskontrollen eine höhere gewerkschafts- und damit auch tarifpolitische Bedeutung. Wurden diese qualitativen Forderungen zunächst noch überwiegend an den Staat gerichtet und damit die Hoffnung ausgedrückt, daß der „interessenneutrale Staat“ entsprechend traditionell sozialpolitischer Maßnahmen auch das Problem der Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit lösen könne, so zeigten sich mit Dauer der Krise und dem europaweiten Krisenmanagement die Grenzen staatlicher Bereitschaft zur Intervention im Arbeitnehmerinteresse⁶. Diese Erfahrungen relativierten zwar den Wert sozialpartnerschaftlicher Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und staatlichen Instanzen und führten bei den Gewerkschaften zur allmählichen Rückbesinnung auf die eigene, tarifpolitische Autonomie und Verhandlungsmacht gegenüber dem Tarifkontrahenten, erhöhten aber andererseits zugleich den Bedarf des Staates an tragfähigen korporativen oder zumindest eng kooperativen Strukturen, in die besonders bei Regierungsbeteiligung arbeitnehmerorientierter Parteien auch die Gewerkschaften einbezogen werden.

Informationsaustausch über qualitative Tarifpolitik

Für die Koordinationsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Politik auf europäischer Ebene ergab sich eine neue Perspektive und daraus resultierende veränderte Handlungsmöglichkeiten. Nachdem spätestens Mitte der sechziger Jahre eine supranationale Zentralisierung der gewerkschaftlichen Einkommenspolitik als illusionär und dann auch als funktional obsolet erkannt worden war, wurde im Bereich quantitativer Tarifpolitik mit der Krise auch die Perspektive einer zwar nationalen, aber an überstaatlichen, gesamteuropäischen Erfordernissen orientierte Einkommenspolitik faktisch untragbar. Sowohl makroökonomische Parameter wie Wachstum, Produktivitätsentwicklung und Geldwertstabilität, wie auch Unternehmens-, branchendifferenzierte und national unterschiedlich stark ausgeprägte Effekte der Krise verlangen eine fein differenzierte, den verschiedenen Situationen angepaßte Einkommenspolitik der Gewerkschaften. Daneben entwickelte sich aber in jüngster Zeit ein neues gewerkschaftliches Bewußtsein über die Notwendigkeit des Ausbaus qualitativer Tarifpolitik. Der durch die Krise eingeschränkte Verteilungsspielraum, aber auch die im Zuge der Einführung neuer Technologien und umfassender Rationalisierungsmaßnahmen steigende Ausbeutung der Arbeitskraft, der ständige Druck potentiellen Arbeitsplatzverlustes und die unter korporativen Vorzeichen

⁶ Vgl. Lecher, W., Europa in der Krise, Krise der Gewerkschaftsbewegung?, in: WSI-Mitteilungen 12/1977, S. 752 ff.

formal erweiterten politischen Handlungsperspektiven der Gewerkschaften eröffnen neue qualitative Handlungshorizonte⁷.

Im nationalgewerkschaftlichen Vergleich zeigt sich, daß diejenigen Gewerkschaften, die schon in den sechziger Jahren mit Krisenerscheinungen und Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten, die entwickeltsten tarifpolitischen Konzepte zur Steuerung der negativen Effekte des gegebenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems aufweisen; dies gilt besonders für Italien. Aber auch Gewerkschaftsbewegungen ökonomisch dominanter Länder mit tendenziell neokorporativen Strukturen, wie die Bundesrepublik und die Niederlande sowie, in weit stärkerem Maß, die skandinavischen Länder und Österreich, lassen eine Zunahme tariflicher Behandlung qualitativer, mit Sicherheit, Zeit und Inhalt der Arbeitstätigkeit zusammenhängender Fragen erkennen.

Infolge der zeitlich ungleichmäßigen Entwicklung qualitativer Tarifpolitik in den einzelnen nationalen Gewerkschaftsbewegungen und des durch Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsintensivierung erhöhten Lösungsdrucks erhält die Perspektive einer zwischennational koordinierten qualitativen Tarifpolitik erhöhte Bedeutung. Nicht mehr die Koordination nationaler, quantitativer Ziele wie noch in den sechziger Jahren und auch nicht mehr nur die internationale, zwischen den nationalen Gewerkschaftsbewegungen sorgfältig abgestimmte kollektiv-solidarische, direkte Gewerkschaftsaktion, wie sie immer wieder gegen multinationale Konzerne gefordert wird und in einigen Fällen mit wechselndem Erfolg auch praktiziert wurde⁸, werden in Zukunft die internationale Gewerkschaftsperspektive definieren. Wichtig wird vielmehr auf internationaler Ebene und in den vorhandenen übernationalen gewerkschaftlichen Institutionen⁹ die ständige Diskussion und Informationsverbreitung über neue Entwicklungen, Probleme und Erfolge nationaler, qualitativer Tarifpolitik sein. Diese „Informationsbörse“ sollte möglichst alle wichtigen Gewerk-

7 Besonders die Verbindung von sozialdemokratischer Partei in Regierungsverantwortung und zentralisierter Gewerkschaftsbewegung wie in der Bundesrepublik eröffnet für die „weiche“ Variante der Korporation den Gewerkschaften Sicherungs- und politische Durchsetzungsperspektiven in der Krise. Zur Unterscheidung der Einbindungsvarianten „autoritär-staatskorporatistisch“ (legal verankerte Einbindung qua Verbändegesetz) und „gesellschaftlich-korporatistisch“ (informelle Einbindungsbeziehungen über traditionell arbeitnehmerorientierte Parteien und Gewerkschaften) vgl. Hübner, K., Moraal, D., Zwischen Verbändegesetz und „Konzertierter Aktion“, in: *prokla* 38, 1980, S. 43. Die Autoren betonen mit Recht, daß die in den Korporierungsansätzen angelegte Integration der organisierten Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft ein internationales Phänomen ist und das von ihnen behandelte deutsche Beispiel nicht als isoliertes „Modell Deutschland“ verstanden werden darf, sondern in seinen Grundzügen übertragbar ist. Ebenda, S. 43 ff.

8 Vgl. dazu die Beispiele Michelin und Dunlop-Pirelli in: Olle, W. (Hrsg.), Einführung in die internationale Gewerkschaftspolitik - Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Internationalisierung, Berlin 1978, Teil II/A, S. 65 ff. und die empirischen Ausführungen dazu von Blake, D. H., Die Reaktion der Gewerkschaften - Bestandsaufnahme und Perspektiven, in: Tudyka, K. P. (Hrsg.), Multinationale Konzerne und Gewerkschaftsstrategie, Hamburg 1974, S. 252 ff.

9 Also allen von Gewerkschaften eingerichteten oder von ihnen teilbesetzte oder beeinflussbaren Institutionen auf internationaler Ebene. Mit diesem informationsbezogenen Ansatz ist eine spezifische Handlungsperspektive verbunden. Gegenüber dem Mitentscheidungsrecht und der Mitverantwortungspflicht, die sich aus der Einbindung der Gewerkschaften und ihrem Kampf um die Ausweitung der ihnen zustehenden Besetzungsquoten ergeben, tritt eine möglichst umfassende Verpflichtung aller vorhandenen Gremien auf Informationserstellung und -weitergabe. Die Entscheidungen über konkrete Aktionen verbleiben auf nationaler Ebene.

schaften der im EGB versammelten Länder einbeziehen, an zentraler Stelle, also im Sekretariat des EGB, mit Hilfe des neugegründeten Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI) diese Informationen einschließlich unternehmerischer und staatlicher Reaktionen auf neue Formen qualitativer Tarifpolitik sammeln und zum direkten gewerkschaftlichen Informationsabruf aufbereiten.

Die Priorität gewerkschaftlichen Aktionspotentials auf dezentraler, zwischennationaler Ebene mit Schwerpunkt bei der Unternehmens- und betriebsbezogenen Tarifpolitik findet durch die internationale Sammlung und Abrufbarkeit wichtiger Informationen im Konfrontationsfall ihre sinnvolle Ergänzung. Grundsätzlich werden mit einer so abgestimmten Konzeption zumindest drei Vorteile gegenüber der heute praktizierten nationalen und internationalen Gewerkschaftspolitik erreicht. Einmal wird durch die Betonung der zwischennationalen, dezentralen, betriebsorientierten Gewerkschaftsaktionen bis hin zum Streik und internationalen Solidaritätsstreik eine die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft unter Umständen schwächende Mediatisierung gewerkschaftlicher Politik durch Konzernräte, mitbestimmte Aufsichtsräte und eigenen Gesetzen unterliegende Belegschaftsräte abgeschwächt. Zum zweiten können supranational wichtige, nationale Informationen und Erfahrungen an zentraler Stelle gesammelt und schnell und unbürokratisch abgerufen und verteilt werden. Die dritte positive Funktion einer in diesem Sinn verstandenen subsidiären internationalen gewerkschaftlichen Informationspolitik könnte in der allgemeinverbindlichen Formulierung von Prioritäten gewerkschaftlicher Kampfziele mit funktionalem Schwerpunkt auf der qualitativen Tarifpolitik und struktureller Priorität bei betrieblichen Gewerkschaftsaktionen bestehen. Dabei käme es darauf an, den notwendig globalen und oft nur additiven Charakter der EGB-Aktionsprogramme zu präzisieren, differenzieren und vor allem mit klaren Schwerpunkten zu versehen¹⁰.

Die Festlegung solcher wenigen, aber für die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer unabdingbaren qualitativen Schwerpunkte gewerkschaftlicher Politik - Durchsetzung der 35-Stunden-Woche; Besitzstandswahrung an Arbeitsplatz und Qualifikation; Vorabinformationen über die Investitionstätigkeit besonders bei neuen, arbeitssparenden Technologien -, deren Realisierung Zeit und ein differenziertes Handlungspotential erfordert, hätte gleichfalls einen doppelt positiven Effekt für die Gewerkschaften. Zum einen würde dadurch das Gefühl dauerhafter,

¹⁰ Schon heute weisen die Aktionsprogramme des EGB 1976-1979 und 1979-1982 einen klaren Schwerpunkt bei der Behandlung politischer und tarifpolitisch-qualitativ zu regelnder Probleme auf. In vorbildlich differenzierter Form weist auch die Entschließung über die Tarifpolitik des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) der 4. EMB-Generalversammlung am 30./31. 5. 1980 in Kopenhagen die Schwerpunkte qualitativer Tarifpolitik aus. Der EMB bekräftigt, „daß auch in Zukunft solche Zielvorstellungen und Forderungen stärkeres Gewicht erhalten, die die Beschäftigung, die Qualifikationen, die Gesundheit und Lebensstandards sichern und schützen“. Ebenda, S. 2. Dies resultiert einerseits aus dem hohen Stellenwert dieser Fragen für die internationale Gewerkschaftspolitik, hängt aber auch mit der - bewußt oder unbewußt - erwarteten relativen Folgenlosigkeit von Proklamationen auf internationaler Ebene für die nationale Gewerkschaftspolitik zusammen und verweist letztlich auf die faktische Unmöglichkeit, quantitative und qualitative Gewerkschaftspolitik auf dieser Ebene verbinden zu können.

wenn auch zunächst noch nur abstrakter internationaler Solidarität gegenüber gemeinsamer Bedrohung gestärkt, zum anderen würden auf allen Ebenen der Gewerkschaftsorganisation politisch und tarifpolitisch durchsetzbare Perspektiven eröffnet, die in einigen nationalen Gewerkschaftsbewegungen tabuisiert oder als utopisch diffamiert sind. So wurde die Investitionskontrolldebatte beispielsweise in der Bundesrepublik unter Krisenbedingungen zu einer Diskussion über den vagen Begriff einer „aktiven Strukturpolitik“¹¹ umfunktioniert und entschärft; so werden beispielsweise in Großbritannien bis heute mit Rücksicht auf die eng verbundene Labour-Partei von TUC und Einzelgewerkschaften keine integrierten programmatischen Ziele formuliert, was den Trade-Unionismus auf dezentraler Ebene stärkt und die gewerkschaftliche Autonomie auf zentraler Ebene besonders unter Labour-Regierungen nicht unerheblich einschränkt¹².

Neues Verständnis internationaler Gewerkschaftspolitik

Solche Beispiele zeigen, daß die international verbindliche Definierung von und Verpflichtung auf zunächst nur plakative, aber entscheidende gewerkschaftsprogrammatische Ziele eine nicht nur notwendige, sondern unabdingbare Ergänzung der nationalen, betriebsorientierten Gewerkschaftspolitik und der Abstimmung von Aktionspotentialen im konkreten Fall darstellt. Versteht man das hier entwickelte Modell internationaler, zentraler Informations- und nationaler, dezentraler Aktionspolitik als den unter den gegebenen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen optimalen Handlungsrahmen der Gewerkschaften auf europäischer Ebene, so zeigen sich erhebliche Unterschiede zur traditionell geführten internationalen Gewerkschaftsdiskussion. Für die hier vertretene Konzeption gilt, daß

- die Autonomie der nationalen Gewerkschaftsbewegungen wesentlich stärker gewahrt ist als in der bisherigen Internationalisierungsdiskussion;
- die traditionell oft angestrebte Dominanz internationaler und besonders supranationaler Gremien auf Informations- und Koordinationsfunktionen beschränkt bleibt;
- neue, qualitative Inhalte gewerkschaftlicher Politik ins Zentrum internationaler Handlungsperspektiven rücken;
- die Mediatisierung gewerkschaftlicher Politik auf Betriebsebene (Belegschaftsräte gegenüber Gewerkschaftsvertretern), auf Unternehmensebene (arbeitnehmerorientierte Aufsichtsräte und Konzernräte) und auf regionaler und nationaler

11 Ein Begriff, der - vom Bundesforschungsminister Hauff und dem Berliner Politikberatungswissenschaftler Scharpf eingeführt - sich auch rasch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung durchsetzte. Hauff, V., Scharpf, F. W., Modernisierung der Volkswirtschaft, Frankfurt/Köln 1975.

12 Das Verhältnis von politischen Parteien und Gewerkschaften wird in einem europäischen Vergleich behandelt und systematisiert von Eliassen, K. A., Politische Beteiligung und parteipolitische Bindung der Gewerkschaften in Westeuropa: ein Überblick, in: Soziale Welt 1/1974, S. 71 ff.

Ebene (unterschiedliche Abstufungen korporativer Einbindung) als problematisch definiert wird und der Kontrolle zugänglich ist;

- die ungleichmäßige soziale und ökonomische Entwicklung in den europäischen Nationalstaaten zwar weiterhin als ein vorrangiges Problem auch gewerkschaftlicher Politik bestehen bleibt und langfristig wahrscheinlich noch an Bedeutung gewinnen wird, daß aber die gewerkschaftliche Handlungsperspektive sich nicht mehr an einer illusionären internationalen Einebnung der faktischen Differenzen durch zentralisierte internationale Gewerkschaftspolitik, sondern an der national-dezentralen Umsetzung weniger, aber entscheidend gegen die Kapitallogik gerichteter Aktionsziele orientiert.

Dieser letzte Punkt folgt stringent aus der vorgestellten veränderten Konzeption einer europäischen Gewerkschaftspolitik und ist von hoher strategischer Bedeutung. Er soll daher abschließend eingehender begründet werden.

Kapitalbezogen oder arbeitnehmerbezogen?

Ausdrücklich oder implizit liegt so gut wie allen integrationstheoretischen Ansätzen auf internationaler Ebene, gleichgültig, ob sie die Gewerkschaften als gesellschaftspolitischen Störfaktor, als eine funktional-strukturelle Großgruppe unter anderen (Unternehmer, Verbraucher, Landwirte etc.) verstehen oder sogar der Auffassung sind, daß den Gewerkschaften für die ökonomische, politische und soziale Integration eine besondere Bedeutung zukommt, die Annahme zugrunde, daß der internationale gewerkschaftliche Integrationsprozeß

- historisch überfällig sei - These: die ökonomische Integration der Unternehmen ist schon weit fortgeschritten und die Gewerkschaften hinken nach;
- sich an den Vorgaben unternehmerischer Integration orientieren müsse -These: gibt es Multinationale Konzerne, dann müssen auch entsprechende Konzernräte oder sogar dafür eigens zuständige multinationale Konzerngewerkschaften eingerichtet werden;
- eine zwangsläufige, mechanisch ablaufende, den objektiven Entwicklungstendenzen entsprechende und daher alternativlose Perspektive darstelle -These: es ist nicht möglich, das Rad der Geschichte anzuhalten, die Tendenz zu größeren ökonomischen, politischen und sozialen Einheiten verpflichtet auch die Gewerkschaftsbewegung zur Anpassung.

Diese Annahmen sind aus mehreren Gründen weder im einzelnen noch als zusammengefaßte Argumentationskette haltbar. Eine einfache Parallelisierung von Kapitalintegration und politischer bzw. sozialer Integration verbietet sich schon aufgrund der widersprüchlichen Interessen beider Entwicklungen. Das Kapital sprengt die nationalen Grenzen dann und in dem Ausmaß, wie seine Realisierungs-

grundlagen auf nationaler Basis zu eng werden und zwischenationale Gefälle, Subventionen, Auflagen etc. eine profitablere Grundlage auf außernationaler Ebene versprechen. Die Arbeit sprengt aus eigenem Antrieb keine nationalen, regionalen und selbst lokalen Grenzen, da menschliche Beziehungen in der Regel vor allem auf dezentraler Ebene bestehen und nur hier gehalten und ausgebaut werden können. Die Internationalisierung abhängiger Arbeit entspringt einem Bedarf des Kapitals und hat keinen grundsätzlichen Eigenwert. Selbst wenn die Argumentation plausibel erscheint, daß durch die Internationalisierung der Produktion national bornierte Schranken überwunden werden, ist nicht einzusehen, daß die Internationalisierung der Arbeit dann in den gleichen Bahnen und nach den gleichen Prinzipien wie die ökonomisch induzierte Internationalisierung des Kapitals erfolgt. Aus der Sicht der Arbeit, d. h. der Arbeitnehmer und Gewerkschaften, ist es rational, wenn

- das Kapital zur Arbeit kommt und nicht umgekehrt;
- die Internationalisierung der Produktion in einem von den jeweiligen nationalen, regionalen und lokalen Arbeitsmärkten zu verkraftende Tempo abläuft;
- Rationalisierungsinvestitionen nach humanen Erfordernissen und nicht nur nach Kostengesichtspunkten gemäß internationalen Konkurrenzdrucks erfolgen;
- die Nord-Süd-Schere durch zunehmende Direktinvestitionen der Multinationalen Konzerne hochindustrialisierter Staaten sich nicht weiter öffnet, da die Lohn- und Arbeitsplatzkonkurrenz letztlich auch auf die Lage der Arbeitnehmer in den Metropolen selbst zurückschlägt, ohne daß sich die Situation der Arbeitnehmer in den Ländern der unterentwickelten Welt wesentlich verbessert¹³;
- Kooperation und Konkurrenz auch zwischen hochindustrialisierten Staaten nicht ausschließlich nach zwar kapitallogischen, aber im Effekt oft inhumanen und verschwenderischen Kriterien betrieben wird, sondern die Grenzen inter- und übernationaler Wirtschaftspolitik von den Bedürfnissen der Arbeitnehmer mitdefiniert werden.

' Aus dieser objektiv gegebenen Interessendivergenz von Kapital und Arbeit auf der internationalen Ebene ergibt sich zumindest eine Relativierung, wenn nicht eine Umkehrung der thesenhaft genannten, nur auf den ersten Blick plausiblen Analogien von unternehmensbezogener und gewerkschaftlicher internationaler Integration, welche die hier entwickelte Konzeption einer funktionalen Differenzierung mit Prioritätenverteilung zwischen nationaler und internationaler Gewerkschaftspolitik

¹³ Diese These vertreten empirisch genau und umfangreich belegt: Fröbel, F., Heinrichs, J., Kreye, O., Die neue internationale Arbeitsteilung - Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Hamburg 1977. Zur These eines Rückgangs des Internationalisierungstempos unter Krisenbedingungen vgl. Junne, G., Entwicklungstendenzen und Folgen der internationalen Arbeitsteilung, in: „Kritik“ Nr. 26, 1980, S. 84 ff.

stützt. Weder ist die Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung als Globalprozeß überfällig - das ist sie nur unter dem Aspekt des Beitrags zur wirtschaftspolitischen „Harmonisierung“ -, noch kann es den Gewerkschaften darum gehen, sich an den Vorgaben unternehmensbezogener Integration zu orientieren - sie müssen im Gegenteil ihre tarifpolitische Stärke auf nationaler, zentraler und dezentraler Ebene zur Wahrung der Arbeitnehmerinteressen einsetzen -, noch ist die europäische Integration mechanisch mit einer objektiven Pflicht der Gewerkschaften zur Erreichung des ökonomisch vorgegebenen Integrationsgrades verbunden. Gewerkschaftlicher Integration sind konkret dort Grenzen gesetzt, wo Aktionspotentiale und national erreichte qualitative Lebensstandards durch internationale Einebnung gefährdet werden.

Internationale Aufgaben gewerkschaftlicher Politik in der Krise

Für Arbeitnehmer und Gewerkschaften stellt sich daher die Internationalisierungsproblematik objektiv immer als ein dialektisches Verhältnis von ökonomischem Druck und sozialer Besitzstandswahrung und -Verbesserung dar. Für sie kommt es darauf an, mit Hilfe ihrer eigenen, autonomen Tarifpolitik, mit Forderungen an den nationalen Staat und an internationale Gremien wie EG-Kommission, Ministerrat und Europaparlament eine totale Funktionalisierung des Internationalisierungsprozesses im Sinn der Kapitallogik zu verhindern und - wo dies bereits geschehen ist - auf die arbeitnehmerfeindlichen Konsequenzen einer solchen Entwicklung hinzuweisen, Gegenstrategien zu entwickeln und möglichst betriebsnah durchzusetzen. Als Beispiele für solche, die Arbeitnehmerinteressen massiv verletzende Entwicklungen können genannt werden:

- die zunehmende regionale Ungleichheit, wobei industrielle Zentren im EG-Rahmen weiter auf Kosten von Randzonen an Pro-Kopf-Einkommen gewinnen, aber auch durch eine Gefährdung qualitativer Standards wie Umweltprobleme und Arbeitsintensität an Lebensqualität verlieren;
- die zunehmende Marktunabhängigkeit der großen multinationalen Konzerne und ihre Preisfestsetzungsmacht sowie noch entscheidender ihre weitgehende Freiheit bei der Festlegung von Investitionsprioritäten;
- die oft verdeckte Abhängigkeit nationaler, aber in noch höherem Ausmaß auch internationaler Exekutiven und Parlamente von durch Großunternehmen und multinationalen Konzernen geschaffenen ökonomischen Vorgaben;
- die Verringerung des Verteilungsspielraums zuungunsten der Arbeitnehmer und zugunsten großer Kapitale, verbunden mit der sich inzwischen empirisch als unhaltbar erwiesenen Hoffnung, die Erhöhung der Investitionsquote bei Festschreiben der Staats- und Konsumquote führe zu mehr, für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ausreichendem wirtschaftlichen Wachstum;

- die Versuche, die bisher in national unterschiedlichem Ausmaß erreichte soziale Sicherung in wichtigen Punkten auszuhöhlen oder faktisch zurückzunehmen bzw. die Leistungen bei gegebener krisenhafter Verschärfung der sozialen Situation nur festzuschreiben und nicht den gestiegenen Bedürfnissen anzupassen.

Zusammenfassend kann festhalten werden, daß sich unter Krisendruck das gewerkschaftliche Handlungsspektrum hin zur Rückbesinnung auf die eigene Stärke und zum Ausbau autonomer, tarifpolitischer Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten in die sozioökonomische Entwicklung verlagert, wobei auch Ansätze zum Ausbau neokorporativer Strukturen bei gleichzeitigem Ausbau der dezentralen Ebenen gewerkschaftlicher Politik aufgrund der darin angelegten Ausweitung der gesamt-politischen Funktionen der Gewerkschaften ein positives Element beinhalten können. Die Gewerkschaften wären schlecht beraten, wenn sie diese Chancen gegen die Ungewißheit und weitgehende Illusion einer supranationalen Harmonisierung in Analogie zur Kapitalintegration aufs Spiel setzen würden. Eine national und international zentral koordinierte und auf nationaler Ebene dezentral-betriebsnah umgesetzte qualitative Tarifpolitik bietet sowohl für die Realisierung gewerkschaftlicher Ziele in der Auseinandersetzung mit dem Tarifkontrahenten wie auch für eine Internationalisierung der Arbeitnehmerinteressen durch entsprechende Informationen, Kontakte und Aktionsmaßnahmen die besseren Erfolgsaussichten gewerkschaftlicher Politik in der Krise.